STADT BIELEFELD
- Schul- u. Sportausschuss -

Sitzung Nr.
SchA/052/2024
BISB/046/2024

Niederschrift

über die Sondersitzung des Schul- und Sportausschusses mit dem Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebs

am 13.11.2024

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend im Schul- und Sportausschuss

CDU

Frau Alexandra Heckeroth		(bis 17.25h)
Herr Marcus Kleinkes		
Herr Dr. Matthias Kulinna		(bis 18:30h)
Herr Ansgar Leder		
Herr Andreas Rüther	Ausschussvorsitzender	

SPD

Herr Jan Banze		(ab 15.15h)
Frau Roswitha Lammel		
Herr Lars Nockemann	Stellv. Ausschussvorsitzender	
Frau Miriam Welz		

Bündnis 90/Die Grünen
Frau Lisa Brockerhoff
Herr Gerd-Peter Grün
Herr Cim Kartal
Herr Klaus Rees

Die Linke
Frau Astrid Lehmann

FDP
Herr Jan Maik Schlifter (Ab 15.11h)

Die PARTEI
Herr Jan Schwarz (von 15:20h-17:55h)

AfD
Frau Heliane Ostwald

Beratende Mitglieder

Herr Cihad Kefeli	(bis 17:15h)
Herr Michael Menzhausen	
Frau Christine Schönfeld	
Herr Tim Seidel	

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW
Herr Robert Alich

Frau Gordana Kathrin Rammert

Stellvertretende beratende Mitglieder
Frau Caroline Brauneis

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Frau Beckmann	Amt für Schule
Herr Poetting	Amt für Schule
Frau Fortmeier	Stab Dezernat 2
Herr Seifert	Stab Dezernat 2
Herr Bilke	Amt für Schule
Frau Zellermann	Amt für Schule

Anwesend im Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb:

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier		(bis 18:40 Uhr)
Herr Carsten Krumhöfner	Stellv. Vorsitzender	(ab 15:14 Uhr)
Frau Carla Steinkröger		(bis 18:31 Uhr)
Herr Andreas Rüther		
Herr Werner Thole		

SPD

Herr Sven Rörig	Vorsitzender	
Frau Dorothea Brinkmann		
Frau Karin Schrader		
Herr Frederik Suchla		(ab 15:10, bis 17:15 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michael Gorny
Herr Thomas Krause
Frau Lisa Brockerhoff
Herr Klaus Rees

FDP
Herr Jan Maik Schlifter (ab 15:11 Uhr)

Die PARTEI
Herr Christian Loth (bis 15:51 Uhr)

Die Linke
Herr Peter Ridder-Wilkens

BfB
Herr Dietmar Krämer (beratendes Mitglied)

Von der Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Kaschel	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Hartwig	Stab Dezernat 4
Herr Bültmann	Kaufmännischer Betriebsleiter Immobilienservicebetrieb
Frau Harodt	Technische Betriebsleiterin Immobilienservicebetrieb
Herr Hellermann	Geschäftsbereichsleiter Immobilienservicebetrieb
Frau Lummer	Steuerungsunterstützung Immobilienservicebetrieb

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Ganzheitliche SEP; hier: Auswirkungen der neuen SEP-Prognosen auf schulorganisatorische Maßnahmen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8726/2020-2025

Frau Beckmann (Amt für Schule) stellt die Präsentation zur Ganzheitlichen Schulentwicklungsplanung – hier Fortschreibung Schülerzahlen Primarstufe und Sekundarstufe I/II vor. (Die Präsentation ist als Anlage 1 beigefügt.)

Herr Kleinkes (CDU) erklärt, dass die CDU nicht davon ausgegangen sei, in der Kürze der Zeit sechs Beschlussvorlagen in der heutigen Sitzung vorgelegt zu bekommen. Die hier vorgelegten fortgeschriebenen Zahlen seien erst noch zu bewerten, mit der Folge, dass die CDU auch zu nachfolgenden TOP´s weiteren Beratungsbedarf habe.

Frau Lehmann (Die Linke) freut sich über die Fortschreibung der Zahlen zur Sek I, aus denen für sie hervorgehe, dass am Standort Gutenberg kein weiteres Gymnasium erforderlich sei. Das wiederum sei eine gute Nachricht für die neu gegründete Grundschule, um sich ähnlich positiv zu entwickeln wie die GS Sieker. Allerdings habe sie erfahren, dass am Standort Gutenberg für die neue GS noch der kindgerechte Ausbau der Schultoiletten fehle und bittet um Informationen durch den ISB zu diesem Thema.

Frau Brockerhoff (Bündnis 90/Die Grünen) zeigt Verständnis für den weiteren Beratungsbedarf der CDU, möchte aber auch darauf hinweisen, dass einige Beschlüsse, auch zum Bielefelder Raumprogramm, in diesem Jahr noch zu treffen seien. Im Weiteren weist sie daraufhin, dass die Bedarfe auch von Schulformwechslern ab der Klasse 7 mitzudenken seien.

Herr Schlifter (FDP) kritisiert bei der Fortschreibung der Zahlen, dass die abgelehnten SuS nicht in den Zahlen zu finden seien. Dies führe seiner Meinung nach zu Fehlschlüssen bei den Gymnasien und Realschulen. Die Aufgabe der Errichtung eines zweiten Gymnasiums könne daher nicht nachvollzogen werden. Die vorliegenden Zahlen würden zudem keine Notwendigkeit für eine weitere Sekundarschule vorweisen, trotzdem verfolge die Koalition die Errichtung einer weiteren Sekundarschule. Dies sei politischer Wille, den die FDP nicht mittragen könne.

Bei den Grundschulen sei es sinnvoll, Schwankungsreserve zu bewahren, auch in Sennestadt. Daher werde die FDP an der ursprünglichen Planung festhalten.

Herr Kleinkes (CDU) weist auf die Organisation der Schulwege hin, welche mit Augenmaß erfolgen müsse. SuS die am GS Heepen abgelehnt werden, würden nach Brackwede verwiesen. Über diese Auswirkungen müsse nachgedacht werden.

Frau Brockerhoff (Bündnis 90/Die Grünen) gibt zu bedenken, dass es keinen Sinn mache, Schulen zu bauen, an denen später aufgrund von Personalmangel keine Lehrer tätig seien.

-Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes nehmen Kenntnis von der Informationsvorlage.-

-.-.-

Zu Punkt 4 Berichterstattung Städtisches Bauproprogramm bezogen auf Schulbaumaßnahmen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8984/2020-2025

Frau Harodt erläutert die Präsentation zum Bauprogramm 2024 bezogen auf die Schulbaumaßnahmen. (Die Präsentation ist als Anlage 2 beigefügt.)

Herr Rees (Bündnis 90/Die Grünen, für den BISB) begrüßt den vom ISB vorgeschlagenen Weg. Insbesondere die Betrachtung der Folgenutzung von Gebäuden und die Potentialanalyse der Bestandsgebäude seien sinnvolle Maßnahmen. Darüber hinaus befürworte er auch standortbezogene Lösungen, um Zeit und Kosten zu sparen, sowie die energetische Sanierung der Bestandsgebäude. Der Aspekt der Mehrfachnutzung, auch im Hinblick auf den Flächenverbrauch, finde ebenfalls seine Zustimmung. Die erwähnten Holzmodule seien ebenfalls zu unterstützen und qualitativ nicht mehr mit den Modulen der Vergangenheit vergleichbar. Des Weiteren gehöre das Thema der modularen Bauweise mit in die Gesamtbetrachtung, auch wenn dies im Vortrag nicht explizit Erwähnung gefunden habe.

Frau Welz (SPD) äußert ebenfalls ihre Anerkennung für den Vorschlag des ISB und bittet, die Arbeit zwischen den Fachämtern zu intensivieren.

Frau Harodt (ISB) weist daraufhin, dass es sich bei dem vorliegenden zu fassenden Beschluss um einen Prüfauftrag handele.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus ergänzt und verweist auf den zweiten Teil des Beschlussvorschlags, in dem die 17 bereits geplanten Systembauten nicht Bestandteil des Verfahrensvorschlags sind. Das Verfahren zu den genannten Systembauten ist bereits weit vorangeschritten, so dass diese, sofern sie in die Prüfung miteinbezogen würden, mit einer zeitlichen Verzögerung der Umsetzung zu rechnen wäre.

Frau Ostwald (AfD) möchte einen Hinweis aus ihrer Praxiserfahrung als ehemalige Lehrerin geben, dass eine Mehrfachnutzung im Nachmittag von Klassenräumen schwierig sei und bittet, um ein Minimum der Mehrfachnutzung.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus erläutert, dass die Verwaltung auch im Hinblick auf die Mehrfachnutzung in engen Abstimmungen mit den Schulen sei. Es wird kein zweites Gebäude für die OGS gebaut neben der bestehenden Schule, denn über Projekte wie bspw. der Rhythmisierung im Ganztag wird bereits eine Mehrfachnutzung angestrebt.

Frau Brockerhoff (Bündnis 90/Die Grünen) verweist bei der Mehrfachnutzung auch auf das Bielefelder Raummodell, welches durch verschiedene Ansätze bereits Lösungen berücksichtige.

Herr Kleinkes (CDU) begrüßt die Vorstellung des ISB allerdings sei die CDU hier heute nicht abstimmungsfähig.

Herr Schlifter (FDP) möchte in dem Prüfauftrag den Aspekt zur Klimaneutralität weiter ausgeführt haben, da er dort keine Handlungsgrundlage benennen könne. Den Gedanken, die Schulbaumaßnahmen nach vier Jahren grundsätzlich zu überprüfen, teile er sachlich, aber für die zeitlichen Notlagen habe er nur teilweise Verständnis. Das weitere Verfahren durch den Prüfauftrag hätte er darüber hinaus gern dargestellt.

Herr Beigeordneter Moss erläutert, dass der Klimaschutz aufgrund des Ratsbeschlusses zum Klimaanpassungskonzept berücksichtigt werde. Über den Beschluss wurden die Klimaschutzziele in Bielefeld ebenfalls im Rat beschlossen. In der vergangenen Sitzungsperiode wurde daraufhin das Bauprogramm erneut diskutiert, unter dem Aspekt der Machbarkeit. Das resultierte aus einer Vorstellung eines Gutachters, der zum Jahreswechsel 2023/24 festgestellt hat, dass das zur Verfügung stehende Budget nicht zur Erreichung der Klimaschutzziele für 2030 ausreichend ist. Daraufhin wurde eruiert, was machbar sei und ebenfalls gutachterlich aufbereitet. Das Vorgehen ist ein politischer Auftrag des Rats der Stadt Bielefeld an den ISB.
Es handelt sich hier um einen dynamischen Prozess. Mit vierteljährlich neuen Parametern müssen die Maßnahmen, die bereits in Bearbeitung sind, jeweils erneut überprüft werden.
Herr Beigeordneter Moss führt weiter aus, dass bei den Maßnahmen in verschiedenen Kategorien Raumwiderstände vorliegen. Im Prozess wird als Erstes geprüft, ob am jeweiligen Standort etwas gegen eine Bebauung spricht und dann wird erst die Art der Bebauung geprüft. Es wird immer nach der bestmöglichen Lösung geschaut, das ist auch der Grund, warum Frau Harodt gebeten hat, die Maßnahmen nochmals standortbezogen detailliert zu überprüfen. Herr Beigeordneter Moss stellt außerdem den Vorteil von Holzmodulen klar. Der CO2-Abdruck bei temporären Maßnahmen fällt deutlich geringer aus. Bei den vorliegenden Zahlen der SEP fällt es einem sicherlich leichter, die vorgeschlagenen Maßnahmen reversibel zu bauen.

Frau Harodt (ISB) erläutert zum Prozessablauf, dass die Ergebnisse gemeinsam von ISB und Amt für Schule mit der jeweiligen Schule besprochen werden und dann im Anschluss den Gremien vorgestellt werden.

Des Weiteren entsteht eine Diskussion zwischen Herrn Schlifter (FDP) und Herrn Rees (Bündnis 90/Die Grünen) über die Ertüchtigung der Gebäude im Hinblick auf die Klimaschutzziele der Stadt Bielefeld und die Historie der dazugehörigen Beschlüsse im BISB oder Rat.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus stellt klar, dass eine standortbezogene Prüfung neben den Raummöglichkeiten auch die Einbeziehung der Raumwiderstände einschließt.

Die CDU beantragt die 1. Lesung.

-Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes nehmen in 1. Lesung Kenntnis von der Vorlage.-

-.-.-

Zu Punkt 5 Raumprogramm "Bielefelder Modell"

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8980/2020-2025

Die Diskussion zu den TOP 5.1 und Top 5.2 erfolgt gemeinsam mit dem TOP 5.

Frau Beckmann (Amt für Schule) erläutert über die Vorlage hinaus:
Die Verwaltung hat mit dem Ganzheitlichen Schulentwicklungsplan (SEP) ein Raumprogramm als Grundlage für den Schulbau entwickelt, das auf den Empfehlungen des Städteages NRW und der Montagsstiftung basiert. Sofern diese Empfehlungen von den des Landes abwichen oder den Qualitätskriterien des SEP nicht entsprachen, hat die Verwaltung im Plan entsprechende Modifikationen vorgenommen. Somit ist das Bielefelder Modell seit der Beschlussfassung über den Ganzheitlichen SEP Basis für alle Neubauten und alle notwendigen Erweiterungen der städtischen Schulen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen zu dem Bielefelder Modell stellt die Verwaltung das Raummodell im Vergleich zu den Empfehlungen des Städtetages vor, um die Unterschiede deutlich zu machen, aber auch um über Erfahrungen zum Umgang mit dem Modell zu berichten. Das Amt für Schule arbeitet bereits seit einiger Zeit gemeinsam mit dem ISB vorhandene Maßnahmen unter Berücksichtigung des Bielefelder Modells ab. Es zeigen sich in der Praxis einige Herausforderungen im Hinblick auf zum Beispiel die Größe der zur Verfügung stehenden Grundstücksflächen, bauliche Besonderheiten oder auch in Bezug auf die verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen, die in aller Regel eine standortbezogene Betrachtung erforderlich machen würden.
Herr Poetting stellt das Raummodell im Vergleich zu den Empfehlungen des Städtetages anhand einer Powerpointpräsentation vor. (Die Präsentation ist als Anlage 3 beigefügt.)

Herr Kleinkes (CDU) erläutert und begründet den Antrag (TOP 5.1 DS Nr. 8822/2020-2025) wie folgt: Es sei ihm nicht ersichtlich, warum mit dem Bielefelder Raummodell entgegen der Empfehlung des Städtetages NRW zum Raumprogramm gehandelt werden solle. Seiner Meinung nach kön-

ne bei der Anwendung der Empfehlung des Städtetages NRW eine Einsparung von ca. 150 Mio. Euro erzielt werden. Die CDU habe kein Verständnis für die Mehrausgaben aufgrund des Bielefelder Raumprogramms, denn es gäbe keine rechtliche Grundlage dafür. Es werde vielmehr auf die Ertüchtigung anderer Schulen verzichtet, zugunsten des Bielefelder Raummodells. Eine Diskussion über Pflegebäder könne gern standortbezogen diskutiert werden.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus weist daraufhin, dass das Bielefelder Raummodell abgeleitet aus Expertenforen entwickelt wurde. Das Modell des Städtetages reflektiert jedoch nicht die Notwendigkeit von Differenzierungsräumen für eine zukunftsorientierte Schule im Hinblick auf die steigende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler.

Frau Brokerhoff (Bündnis 90/Die Grünen) möchte daran erinnern, dass bei den standortbezogenen Überprüfungen und möglichen Abweichungen im Bestand der Sinn des Bielefelder Raumprogramms Berücksichtigung finde. Das Bielefelder Raummodell biete die Möglichkeit, die Bielefelder Schulen nachhaltig zu verändern. Die Schulen müssen nach Meinung von Frau Brokerhoff im Neubau als auch in der Ertüchtigung inklusiv gedacht werden.

Frau Lehmann (Die Linke) führt an, das Bielefelder Raumprogramm sei kein unnötiger Luxus, sondern beschreibe notwendige Rahmenbedingungen für gelingende Integration und Inklusion und schaffe eine Voraussetzung für eine Schule der Zukunft, die sich immer mehr zum Lebensraum für Schülerinnen und Schüler (SuS) entwickele. Die Mehrkosten seien es zum Wohle der Kinder wert.

Herr Leder (CDU) zeigt sich verärgert über den Verlauf der Diskussion. Die durch ihn als Rektor geführte Gertrud-Bäumer-Schule bekomme einen Erweiterungsbau und er befinde sich derzeit im Austausch mit dem Amt für Schule über die Ausgestaltung. Auf Grundlage des Bielefelder Raumprogramms habe es die Empfehlung für einen weiteren Naturwissenschaftsraum im Neubau gegeben, nach Überprüfung im Hinblick auf die Stundentafel könne er jedoch darauf verzichten, ebenso auf einen empfohlenen weiteren Kunstraum. Diesen Pragmatismus wünsche er sich von allen Schulleitungen. Das so eingesparte Geld könne sicherlich sinnvoll in die Ertüchtigung von Bestandsbauten fließen. Er wehre sich außerdem dagegen, über die Architektur zu einer bestimmten Pädagogik zu gelangen. Es gebe eine Wirksamkeitsstudie zur Pädagogik und diese führe zu anderen Ergebnissen als Studien vor 10 Jahren. Er verweist darauf, dass es sich bei der Frage der Pädagogik um eine innere Schulangelegenheit handele.

Herr Schlifter (FDP) teilt die Flexibilisierung im Bereich der Bestandsgebäude, er habe aber angeregt, die Abweichungen im Ausschuss vorzustellen. Er möchte außerdem wissen, wie die Flexibilisierung bei Neubauten in bestehenden Schulen umgesetzt würde.

Herr Kleinkes (CDU) verweist darauf, dass man sich mit dem heutigen Beschluss die Flexibilität für Einzelfall standortbezogene Entscheidungen im Verwaltungshandeln nehme.

Herr Beigeordneter Moss verweist im Hinblick auf die Aussage von Herrn

Leder auf das Funktionalitätsprinzip, die Architektur richtet sich nach den vorliegenden Bedarfen.

Frau Welz (SPD) begründet den Änderungsantrag der SPD (TOP 5.2 DS Nr. 9070/2020-2025) mit der Akzentsetzung, das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Bei Neubauten solle weiterhin nach dem Bielefelder Raummodell vorgegangen werden.

Über den Änderungsantrag der Koalition wird wie folgt abgestimmt.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss beschließt:

1. Bei Bauvorhaben an bestehenden Schulstandorten wird das Bielefelder Raummodell standortbezogen geprüft. Die generelle Zielsetzung des Bielefelder Raumprogramms zu modernem Unterrichtsraum und moderner Lernumgebung bleibt dabei Maßgabe. Das Ziel einer inklusiven Ausstattung von Schulen bleibt bestehen.
2. Neubauten werden nach Bielefelder Raumprogramm umgesetzt.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen –

Herr Schlifter (FDP) stellt im Schulausschuss folgenden Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage:

Der Schul- und Sportausschuss möge beschließen, Abweichungen im Schul- und Sportausschuss vorzustellen.

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

- Mit Mehrheit abgelehnt-

Der Ausschussvorsitzende Herr Rüther stellt den Antrag der CDU nicht zur Abstimmung, da der Antrag der Koalition (DS Nr. 9070/2020-2025) weitergehend sei und abgestimmt wurde.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb nimmt Kenntnis und der Schul- und Sportausschuss beschließt:

1. Bei Bauvorhaben an bestehenden Schulstandorten wird das Bielefelder Raummodell standortbezogen geprüft.
2. Neubauten werden nach Bielefelder Raumprogramm umgesetzt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.1 **Antrag der CDU vom 19.09.2024 zur "Aufhebung des Bielefelder Raumprogramms"**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8822/2020-2025

Die Diskussion erfolgte unter TOP 5.

Der Ausschussvorsitzende Herr Rüther stellt den Antrag der CDU nicht zur Abstimmung, da der Antrag der Koalition (DS Nr. 9070/2020-2025) weitergehend sei und abgestimmt wurde.

-.-.-

Zu Punkt 5.2 **Antrag der Koalition vom 12.11.2024 zum Raumprogramm "Bielefelder Modell"**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9070/2020-2025

Die Diskussion erfolgte unter TOP 5.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Schulentwicklungsplanung Grundschulen**

Zu Punkt 6.1 **Ganzheitliche SEP; hier: Schulorganisatorische Maßnahmen (Grundschule) im Handlungsgebiet Sennestadt aufgrund neuer SEP-Prognosen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8708/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

-Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb nehmen ohne weitere Beratung die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.-

-.-.-

Zu Punkt 6.2 **Ganzheitliche SEP; hier: Schulorganisatorische Maßnahme an der GS Babenhausen aufgrund neuer SEP-Prognosen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8707/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

-Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld nehmen in 1. Lesung Kenntnis von der Beschlussvorlage.-

-.-.-

Zu Punkt 6.3 **Ganzheitliche SEP; hier: Schulorganisatorische Maßnahme an der GS Süd aufgrund neuer SEP-Prognosen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8709/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

-Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld nehmen in 1. Lesung Kenntnis von der Beschlussvorlage.-

-.-.-

Zu Punkt 6.4 **Schulbau beschleunigen (Antrag der FDP-Fraktion vom 17.09.2024)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8713/2020-2025

Herr Schlifter (FDP) hält seinen Antrag auch nach der Stellungnahme der Verwaltung aufrecht.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Gymnasium am Waldhof**

Zu Punkt 7.1 **Berichterstattung zum Prüfauftrag des Gymnasiums am Waldhof**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8985/2020-2025

Frau Harodt stellt die Präsentation „Umstrukturierung und Erweiterung des Gymnasiums am Waldhof“ in den Ausschüssen vor. (Die Präsentation ist als Anlage 4 beigefügt.)

Herr Beigeordneter Moss ergänzt über die Vorlage hinaus, dass in den vergangenen zwei Jahren sehr viel Zeit und Arbeit in die Untersuchung

geflossen sind. Der Dank gilt den beiden Schulleitungen mit denen intensive Dialoge geführt wurden über die Möglichkeiten für das Gymnasium am Waldhof. Es wurden zudem weitere umliegende Gebäude und Flächen für Erweiterungen in Betracht gezogen und untersucht. Dies ist aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich gewesen. Die Diskussion über das Haus des Handwerks als denkmalwürdiges Gebäude ist an dieser Stelle auch zu führen. Daher gibt es auch eine Vorlage in der BV Mitte zur Beschlussfassung über den Umgang mit dem Haus des Handwerks. Dies sei eine politische Entscheidung und keine Entscheidung der Verwaltung.
Die vorgestellte Variante funktioniert nur, wenn die Schulleitung den Verzicht auf größere Räume erklärt. Wenn alle Varianten nicht funktionieren, müsste das Gymnasium am Waldhof 3-zügig bleiben und hätte trotzdem weiterhin ein räumliches Defizit.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus weist daraufhin, dass die Vorstellung von Frau Harodt eine beispielhafte standortbezogene Prüfung aufzeigt, die zuvor im vorherigen Top konzeptionell beschrieben wurde im vorherigen Top.

Herr Schlifter (FDP) sieht die Entscheidung zum Haus des Handwerks nicht als politische Entscheidung, sondern vielmehr als eine rechtliche Entscheidung. Das Haus des Handwerks könne nicht gekauft werden, wenn der Aspekt des Denkmalschutzes nicht geklärt sei. Er führt weiter aus, dass bei dem vorliegenden Aufwand für eine Erweiterung um einen Zug Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis stünden. Die Aufbereitung durch Frau Harodt seien nachvollziehbar, aber die FDP könne die Grundsatzentscheidung nicht mittragen.

Herr Beigeordneter Moss stellt klar, dass das Haus des Handwerks auf einer Vorschlagsliste für Denkmalschutz steht. Das Baudezernat hat das Haus des Handwerks bislang nicht in die Denkmalschutzliste aufgenommen, um alle Rahmenbedingungen zu klären.
Bei einer Diskussion über die höheren Interessen, den Bedarf einer Zugerweiterung am Gymnasium, im Gegensatz zum Denkmalschutz, kann das Ergebnis zu einer Austragung aus der Denkmalschutzliste führen. Die Hürden für eine Austragung sind jedoch unweit höher, als vorab die Diskussion zu führen und eine Abwägung vorzunehmen. Bei möglichen Klagen zur Interessensabwägung können eine Klageberechtigung oder die Erfolgsaussichten einer Klage nicht abgeschätzt werden. Es gibt derzeit laut Einschätzung einer Anwaltskanzlei niemanden, der eine Klageberechtigung hätte.

Frau Welz (SPD) führt an, dass hier eine mutige Entscheidung zu treffen sei. So wie das Haus des Handwerks derzeit dort steht, sei es für eine schulische Nutzung nicht nutzbar. Es müsse eine pragmatisch gute Lösung zu finden sein. Der Kauf des Haus des Handwerks sei bereits beauftragt und sie erwarte, dass der Kauf in 2024 finalisiert werde. Für Frau Welz (SPD) gehe der Neubau vor, der Denkmalschutz sei für sie zweitrangig. Sie favorisiere die vorgestellte Variante 2. Außerdem weise Sie daraufhin, dass die erneut benannten 3,5 Mio. € vor einigen Jahren als Platzhalter in den Haushalt eingestellt worden seien, ohne jegliche weitere Ausführung, und zur Wahrheit gehöre auch, dass es sich nicht nur um eine Zugerweiterung handele, sondern auch um eine Sanierung im Bestand. Sie werbe nochmals um eine Beschlussfassung in 2024, hilfsweise

auch im ersten Quartal 2025.

Frau Brauneis (Schulformsprecherin) führt als Schulleiterin des Gymnasiums Am Waldhof aus, dass das Gymnasium Am Waldhof seit Jahren „de facto“ 4-zügig sei, 2016 sei es dann faktisch 3-zügig eingerichtet worden. Der Zulauf zur Schule sei groß, nur eines passe nicht: der 50er Jahre Bestandsbau. Die Schule sei flexibel und pragmatisch mit den Raumverhältnissen umgegangen und sei Kompromisse eingegangen, dabei sei die Schule oft in Vorleistung gegangen. Die Erweiterung sei bereits oftmals versprochen worden. Die Schule benötige eine Perspektive.

Herr Krause (Bündnis 90/Die Grünen) möchte wissen, wie die Denkmalwürdigkeit aussieht und wie der Sachstand zum Verfahren derzeit sei. Die Variante B2 wurde als Beste auserkoren und seiner Meinung nach könne das Haus des Handwerks gekauft werden.

Herr Beigeordneter Moss erläutert das Verfahren zur Eintragung von Denkmälern wie folgt: Das Eintragungsverfahren ist ein 2-stufiges Verfahren, bei dem ein Eintrag begehrt wird und die untere Denkmalbehörde dem Begehren stattgibt oder Bedenken äußert. Dies wurde in der Vergangenheit immer mit einem politischen Beschluss im BISB hinterlegt.
Daher wurde im vorliegenden Fall durch die untere Denkmalbehörde die Denkmalwürdigkeit zwar anerkannt, eine Eintragung aber bislang nicht vorgenommen, da bereits weitere Überlegungen zur Erweiterung des Gymnasiums vorlagen und damit die Abwägung in Bezug auf höhere Interessen vorab erfolgen sollte und nicht im Nachgang zur Eintragung.
Bei der Nichteintragung in die Denkmalschutzliste gibt es folgenden weiteren Verfahrensweg: Der LWL wird von der Ministerin einen Ministerentscheid zum Begehr verlangen, da die Stadt dem Begehr des LWL zur Eintragung in die Denkmalschutzliste nicht gefolgt ist. Eine weitere Möglichkeit wäre eine Dienstaufsichtsbeschwerde zu führen. Diese würde durch die Bezirksregierung überprüft. Das ist kein Verwaltungsbeschluss, sondern ein politischer Beschluss, der gefasst werden muss.

Herr Kraus (Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Beigeordneter Moss tauschen Argumente über das vergangene Verfahren und die Rechtslage zum Denkmalschutz aus.

Herr Schlifter (FDP) äußert Unverständnis zum vorgeschlagenen Vorgehen von Frau Welz. Erst kaufen, dann überlegen, sei kein rationales Handeln. Es müsse erst eine Entscheidung zum Denkmalschutz vorliegen, das erwähnte Rechtsgutachten solle der Politik vorgelegt werden. Ohne fundiertes Wissen könne nicht verantwortlich entschieden werden.

Frau Brokerhoff (Bündnis 90/Die Grünen) gibt zu bedenken, dass es schon ein Unterschied sei einen Bekräftigungsentschluss zu einem Denkmalverfahren zu fassen oder einen Beschluss zu fassen über die Nichteintragung. Es wäre ihrer Meinung nach ebenso ehrlich, die Eintragung des Haus des Handwerks in die Denkmalschutzliste aufzunehmen und dann die Abwägung der höheren Interessen für den Schulbau vorzunehmen.

Herr Beigeordneter Moss betont, dass der LWL bereits vor einigen Jahren eine umfangreiche Liste von denkmalwürdigen Gebäuden vorgelegt hat. Die untere Denkmalschutzbehörde befindet sich bereits in einem

laufenden Verfahren der Überprüfung der Denkmalschutzwürdigkeit des Haus des Handwerks. Daher ist er sich sehr sicher, dass der LWL auf eine Ministerentscheidung drängen wird. Über den Ausgang des Verfahrens kann jedoch nur philosophiert werden. Die Rechtsexpertise zur Klagebefugnis Dritter könne der Politik zur Kenntnis gegeben werden.

Herr Kleinkes (CDU) sieht sich nach den Ausführungen zum Denkmalschutz das Haus des Handwerks nicht in der Lage, die Planungen für die Vierzügigkeit des Gymnasiums Am Waldhof weiter fortzuführen.

Herr Kleinkes (CDU) beantragte die 1. Lesung

- Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes nehmen in 1. Lesung Kenntnis von der Vorlage.-

-.-.-

Zu Punkt 7.1.1 Berichterstattung zum Prüfauftrag des Gymnasiums am Waldhof

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8985/2020-2025/1

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

-Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes nehmen in 1. Lesung Kenntnis von der Vorlage.-

-.-.-

Zu Punkt 7.2 Sanierung der Sporthalle des Gymnasiums am Waldhof

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8988/2020-2025

Frau Harodt führt über die Vorlage hinaus aus, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handelt.

Ohne weitere Aussprache erfolgt folgender

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes beschließen die weitere Prüfung und Verfolgung der Sanierung der bestehenden Sporthalle für das Gymnasium am Waldhof und das Ratsgymnasium.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7.3 **Haus des Handwerks (Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.09.2024)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8732/2020-2025

Über die Vorlage hinaus besteht kein Beratungsbedarf.

-Der Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes nehmen Kenntnis von der Anfrage und der Antwort der Verwaltung.-

-.-.-

Zu Punkt 8 **Umsetzung der Planung zum Seidensticker Campus; hier: Zeitliche Planung der Elternbefragung**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8983/2020-2025

Es erfolgt keine Aussprache.
Die CDU beantragt die 1. Lesung.

Der Schul- und Sportausschuss und der Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes Ausschuss nimmt in 1. Lesung Kenntnis von der Vorlage.

-.-.-

gez. Andreas Rüther
Ausschussvorsitzender

gez. Sven Rörig
Ausschussvorsitzender

gez. Daniel Seifert
Geschäftsführung

gez. Astrid Zellermann
Schriftführung